



Zuhause in Leipzig

Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH

Wintergartenstraße 4

04103 Leipzig

1. Verfahrensbrief (Teilnahmewettbewerb)

zur
Ausschreibung

**Wohnungsneubau
Judith-Auer-Straße 24, 26 /
Riebeckstraße 54,
04317 Leipzig**

Stand: 16.05.2025

Inhaltsverzeichnis

I.	Angaben zum Verfahren und Verfahrensablauf	3
1.	Auftraggeber	3
2.	Allgemeine Angaben zum Verfahren.....	3
3.	Verfahrensablauf	4
4.	Fragen durch die Bewerber	5
5.	Einreichung der Teilnahmeanträge	5
6.	Teilnahmeunterlagen und -bedingungen.....	6
7.	Bewerbergemeinschaften und Nachunternehmereinsatz	7
8.	Keine wettbewerbsbeschränkenden Absprachen.....	8
9.	Vertraulichkeitserklärung	8
10.	Kriterien zur Auswahl der Bewerber	10
11.	Information nicht berücksichtigter Bewerber.....	12
12.	Keine Entschädigung.....	12
13.	Urheberrechtsschutz an den Verfahrensunterlagen	12
II.	Auftragsgegenstand.....	13
III.	Fördermittel	14
IV.	Datenverarbeitung.....	14
V.	Anlagen zum Verfahrensbrief	17
VI.	Einlegung von Rechtsbehelfen	17

I. Angaben zum Verfahren und Verfahrensablauf**1. Auftraggeberin**

Auftraggeberin ist die

Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH

Wintergartenstraße 4, 04103 Leipzig

(im Folgenden: „**LWB**“ oder „**Auftraggeberin**“)

2. Allgemeine Angaben zum Verfahren

- 2.1 Die Auftraggeberin führt ein Verhandlungsverfahren mit vorherigem Teilnahmewettbewerb gemäß § 3 Nr. 3 und § 3b Abs. 3 EU VOB/A zur Vergabe von Generalunternehmer-Bauleistungen zum Zweck des Wohnungsneubaus für das Projekt Judith-Auer-Straße 24, 26 / Riebeckstraße 54 in 04317 Leipzig durch.
- 2.2 Dieses Verfahren basiert auf der EU-weiten Bekanntmachung der LWB im Supplement des EU-Amtsblattes vom 16.05.2025 (Tag der Absendung) zum Vergabeverfahren Nr. LWB_ZE-2025-0066 der Plattform www.evergabe.de (nachfolgend: „**EU-Bekanntmachung**“). Gegenstand dieses Verfahrensbriefes ist der Aufruf zur Einreichung eines Teilnahmeantrags.
- 2.3 Die den Bewerbern im Verlauf dieses Verfahrens erteilten weiteren Informationen (Antworten der Auftraggeberin auf Fragen der Bewerber, sonstige schriftliche Hinweise) sind ebenso wie die Vergabeunterlagen bei der Erstellung des Teilnahmeantrags zugrunde zu legen. Veröffentlichte Antworten und Hinweise der Auftraggeberin, die die Vergabeunterlagen ergänzen, präzisieren oder abändern, gehen den Vergabeunterlagen vor.
- 2.4 Bei den in diesem Verfahrensbrief verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für jegliche Art von natürlichen und juristischen Personen. Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind mit „Bewerber“ im Weiteren sowohl natürliche als auch juristische Personen bzw. Bergwerksgemeinschaften gemeint.
- 2.5 Gemäß der EU-Bekanntmachung ist der diesem ersten Verfahrensbrief anliegende **Teilnahmeantrag (Anlage 1)** zwingend zu verwenden.
- 2.6 Bitte lesen Sie die Vergabeunterlagen und deren Anlagen sorgfältig durch. Die ergänzenden Unterlagen für das Angebotsverfahren, inklusive des zweiten und dritten Verfahrensbriefs können in elektronischer Form über die in der EU-Bekanntmachung genannte Kontaktstelle

abgerufen werden. Sollten sich die Dateien als beschädigt oder nicht zu öffnen erweisen, hat der Bieter die Auftraggeberin unverzüglich zu informieren. Die dem Bieter nicht zugänglichen Unterlagen werden dann umgehend erneut elektronisch übersandt. Die Bieter sind daher aufgefordert, umgehend nach dem Abrufen der Unterlagen zu prüfen, ob diese vollständig und zu öffnen sind.

3. Verfahrensablauf

- 3.1 Mit diesem ersten Verfahrensbrief erhalten die Interessenten in Ergänzung der EU-Bekanntmachung weitere Informationen zum Verfahren, zum Verfahrensablauf und zu den Teilnahmebedingungen für ihre Bewerbung. Diesem Verfahrensbrief liegt ein Teilnahmeantrag (**Anlage 1**) bei.

Jeder interessierte Bewerber kann einen Teilnahmeantrag abgeben. Die fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge wird die Auftraggeberin formell und inhaltlich prüfen und bewerten. Die Auftraggeberin wird anschließend die **drei bis sechs** am besten geeigneten Bewerber auffordern, ein Angebot für Generalunternehmer-Bauleistungen für den Wohnungsneubau im Projekt Judith-Auer-Straße 24, 26 / Riebeckstraße 54 in 04317 Leipzig abzugeben (Beginn der Angebotsphase). Ein Angebot dürfen nur diejenigen Bewerber einreichen, die von der Auftraggeberin nach Prüfung der übermittelten Informationen dazu aufgefordert werden. Die Auftraggeberin behält sich ausdrücklich vor, die Zahl der geeigneten Bewerber, die zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert werden, zu begrenzen.

- 3.2 Die Aufforderung zur Angebotsabgabe (indikatives Angebot) erfolgt nach vorläufiger Planung voraussichtlich am 16.07.2025 und zur Angebotsabgabe (finales Angebot) voraussichtlich November 2025.
- 3.3 Die eingehenden Angebote werden formell und inhaltlich geprüft. Danach wird die Auftraggeberin mit den zugelassenen Bietern in Verhandlungen über ihre Angebote eintreten. Die Auftraggeberin behält sich die Reduktion der Zahl der Bieter während der Angebotsphase vor. Die zugelassenen Bieter werden zur Verhandlungsrunde eingeladen und es wird mit diesen separat über ihre Angebote verhandelt. Die Auftraggeberin behält sich ausdrücklich weitere Verhandlungsrunden vor.
- 3.4 Nach Abschluss jeder Verhandlungsrunde erhalten die verbliebenen Bieter voraussichtlich die Gelegenheit Optimierungsvorschläge/Folgeangebote einzureichen.
- 3.5 Die Bewertung der Angebote erfolgt anhand des im 2. Verfahrensbrief festgelegten Zuschlagskriteriums.

4. Fragen durch die Bewerber

Fragen durch die Bewerber zum Verfahren und zu den Vergabeunterlagen sind ausschließlich in Textform **bis spätestens zum 30.05.2025 (Ortszeit: 10:00 Uhr)** über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform unter

www.evergabe.de

mit dem Betreff

**„Fragen zum Teilnahmewettbewerb Judith-Auer-Straße 24, 26 /Riebeckstraße 54,
04317 Leipzig“**

zu stellen. Bei anderweitig der Auftraggeberin zugeleiteten Fragen kann eine rechtzeitige Beantwortung nicht sichergestellt werden. Für Fragen zur Plattform www.evergabe.de können sich die Bewerber an den Support der evergabe Tel. +49 351 41093-1422 wenden.

Die Fragen und Antworten werden anonymisiert über die

<https://www.evergabe.de>

veröffentlicht, soweit sie für alle Bewerber von Interesse sind. Andernfalls erfolgt eine Beantwortung individuell für den jeweiligen Bewerber. Bewerber haben sich über alle eingestellten Antworten eigenständig zu informieren und deren Inhalte zu berücksichtigen. Bei www.evergabe.de bereits registrierte Bewerber werden durch die Vergabeplattform informiert.

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, Widersprüche oder Unvollständigkeiten, insbesondere solche, welche Anforderungen, Inhalt und Vollständigkeit des Teilnahmeantrages betreffen, so hat der Bewerber die Auftraggeberin umgehend darauf hinzuweisen. Vorgenannte Hinweise sind unmittelbar an die vorgenannte Kontaktstelle zu richten.

5. Einreichung der Teilnahmeanträge

5.1 Die Bewerber haben ihre Teilnahmeanträge bis spätestens

Mittwoch den 18.06.2025 (Ortszeit: 10:00 Uhr)

einzureichen.

5.2 Die Teilnahmeanträge sind in deutscher Sprache zu erstellen. Die Einreichung der Teilnahmeanträge muss elektronisch in Textform über die Vergabepattform www.evergabe.de mittels für die Einreichung von Teilnahmeanträgen vorgesehenen Funktion erfolgen. Die Nutzung der Nachrichtenfunktion der Vergabepattform ist für den Versand der Teilnahmeanträge unzulässig.

5.3 **Auf das Erfordernis der Einhaltung der Form und Frist für die Teilnahmeanträge wird ausdrücklich hingewiesen. Nicht form- und fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt.**

Ein Formfehler liegt insbesondere bei schriftlicher oder postalischer Einreichung der Teilnahmeanträge vor. Ebenso genügt die Übersendung der Teilnahmeanträge per Telefax oder E-Mail nicht den Anforderungen der E-Vergabe.

5.4 Die Auftraggeberin wird fehlende Nachweise und Erklärungen unter angemessener Fristsetzung bei den Bewerbern nachfordern.

6. Teilnahmeunterlagen und -bedingungen

6.1 Die Teilnahmeunterlagen sind in deutscher Sprache auszufüllen.

6.2 Hinsichtlich der einzureichenden Unterlagen erhalten die Bewerber als **Anlage 1** zu diesem Verfahrensbrief einen Teilnahmeantrag, der entsprechend auszufüllen, wo notwendig und vorgesehen zu ergänzen und an den dafür vorgesehenen Stellen zu unterzeichnen ist.

Wenn für die geforderten Nachweise keine Gültigkeitsdauer angegeben ist, dürfen sie zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang des Teilnahmeantrages nicht älter als 12 Monate sein. Eigenerklärungen sind zu unterzeichnen, mit Datum zu versehen und mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Aufgrund der Abgabe in Textform ist in dem für die Unterschrift vorgesehenen Feld der Name des Bewerbers (Unternehmen) und der Person anzugeben, die die Erklärung für das Unternehmen abgibt.

Es sollen nur die geforderten Erklärungen/ Unterlagen/ Nachweise dem Teilnahmeantrag beigelegt werden. Der Inhalt allgemeingültiger Firmenunterlagen, Broschüren, Mappen o. ä. wird nicht berücksichtigt.

6.3 Die Bewerber werden aufgefordert, die Teile ihrer Teilnahmeanträge, die ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, auf jeder betreffenden Seite deutlich zu kennzeichnen.

Die Auftraggeberin erhält – unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Bewerbers/Bieters – sämtliche Rechte an den eingereichten Unterlagen (Eigentumsrecht an den Unterlagen). Die Bewerber stimmen mit der Abgabe ihrer Teilnahmeanträge diesem Rechtsübergang zu.

7. Bewerbergemeinschaften und Nachunternehmereinsatz

7.1 Neben Einzelbewerbern sind auch Bewerbergemeinschaften zugelassen sowie der Einsatz von Nachunternehmern durch den Bewerber/die Bewerbergemeinschaft.

7.2 Eine besondere Rechtsform der Bewerbergemeinschaft und/oder Arbeitsgemeinschaft wird nicht vorgeschrieben. Mehrfachbewerbungen, d.h. parallele Beteiligung als Einzelbewerber und gleichzeitig als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft, sind unzulässig. Die Auftraggeberin wertet es jedoch nicht als unzulässige Doppelbewerbung, wenn Nachunternehmer von verschiedenen Bewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften eingebunden werden bzw. Mitglied einer Bewerbergemeinschaft sind. Zwingende Maßgabe ist hierbei jedoch, dass der Nachunternehmer keine Kenntnis über die Angebotspreise der relevanten Bewerber/Bewerbergemeinschaften hat, bei denen er Nachunternehmer ist. Dies ist nach Aufforderung durch rechtsverbindliche Erklärung des jeweiligen Nachunternehmers gegenüber der Auftraggeberin zu versichern. Im Falle einer unzulässigen Doppelbewerbung müssen zur Wahrung des Wettbewerbsprinzips beide betroffenen Bewerber/Bewerbergemeinschaften ausgeschlossen werden. Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen rechtlich unselbständiger Niederlassungen eines Bewerberbüros.

7.3 Bewerbergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der

- die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt wird,
- alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft aufgeführt sind,
- ein von allen Mitgliedern gegenüber der Auftraggeberin im Vergabeverfahren und darüber hinaus uneingeschränkt für jedes Mitglied bevollmächtigter Vertreter mit Geldempfangsvollmacht bezeichnet ist und
- die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder erklärt wird.

7.4 Geforderte Eigenerklärungen sind von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft separat zu unterzeichnen, geforderte Nachweise separat vorzulegen und zusammen mit dem Teilnahmeantrag (**Anlage 1**) abzugeben. Bedient sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft eines Nachunternehmers und beruft er/ sie sich auf dessen technische, berufliche, wirtschaftliche und/ oder finanzielle Leistungsfähigkeit (Eignungsleihe), so sind die Nachunternehmer entsprechend zu benennen und die die Eignungsleihe betreffenden Nachweise und Erklä-

rungen gemäß diesem Teilnahmeantrag (ggf. entsprechende Seiten kopieren) in entsprechender Weise auch von dem Nachunternehmer, auf dessen Eignung sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft beruft, mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Die näheren Einzelheiten nebst entsprechenden Hinweisen sind in dem als **Anlage 1** beigefügten Teilnahmeantrag erläutert.

Sofern sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der Eignung auf Ressourcen von Nachunternehmen, konzernverbundenen Unternehmen oder sonstiger Dritter (z. B. freie Mitarbeiter) berufen möchte, muss er/ sie spätestens auf Verlangen der Auftraggeberin nachweisen, dass ihm/ ihr die Ressourcen des Drittunternehmens für die Auftragsausführung in tatsächlich geeigneter Weise zur Verfügung stehen werden (Verpflichtungserklärung).

8. Keine wettbewerbsbeschränkenden Absprachen

Teilnahmeanträge oder Angebote von Bewerbern bzw. später ggf. Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bewerber/ Bieter auf Verlangen über die bereits geforderten Auskünfte hinaus weitere Angaben darüber zu machen, ob und auf welche Art der Bewerber/ Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit anderen am Vergabeverfahren beteiligten Unternehmen verbunden ist.

9. Vertraulichkeitserklärung

Jeder Bewerber bzw. später ggf. Bieter ist verpflichtet, mit seinem Teilnahmeantrag eine Erklärung abzugeben, mit der er sich verpflichtet, alle vertraulichen Informationen, d.h. alle mit diesem Vergabeverfahren im Zusammenhang stehenden Unterlagen und alle wechselseitigen Daten/Informationen, die im Rahmen des Vergabeverfahrens zwischen ihm und der Einzelauftraggeberin – gleich in welcher Form – übermittelt werden, vertraulich zu behandeln und geheim zu halten.

Informationen gelten nicht als vertraulich, wenn

- a) sie bei Übermittlung bereits öffentlich bekannt waren oder nach Übermittlung ohne Verletzung der Verpflichtungserklärung öffentlich bekannt werden;
- b) sie bei Übermittlung bereits im Besitz des empfangenden Auftragnehmers waren und dieser nicht zu deren vertraulicher Behandlung verpflichtet war;
- c) sie dem Empfänger von einem Dritten in rechtmäßiger Weise und ohne die Verpflichtung zur Vertraulichkeit überlassen werden;
- d) der Empfänger innerhalb einer Woche nach Empfang der vertraulichen Mitteilung nachweist, dass ihm die Information bereits vor dem Empfang bekannt war oder
- e) vom Auftragnehmer in einem Gerichts- und/oder Verwaltungsverfahren offengelegt werden mussten.

Der Auftragnehmer wird insbesondere

- a) die vertraulichen Informationen ausschließlich zum Zwecke der Angebotserstellung im Rahmen des Vergabeverfahrens verwenden;
- b) sie Dritten nicht offenbaren und auch nicht in sonstiger Weise verbreiten oder veröffentlichen;
- c) alle angemessenen Vorkehrungen zu treffen, um einen Zugriff Dritter auf diese Informationen zu vermeiden;
- d) sie nur denjenigen seiner Mitarbeitenden, einschließlich seiner Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen, überlassen, die sie für die Angebotserstellung kennen müssen.

Der Auftragnehmer wird seine Mitarbeitenden, einschließlich seiner Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen, denen er die vertraulichen Informationen überlässt, in geeigneter Form dazu verpflichten, ihrerseits die ihnen zugänglich gemachten vertraulichen Informationen vertraulich zu behandeln und geheim zu halten. Der Auftragnehmer darf Kopien oder Vervielfältigungen von vertraulichen Informationen nur in dem Umfang anfertigen, in dem es für die Angebotserstellung vernünftigerweise erforderlich ist.

Die Verpflichtung des Auftragnehmers, vertrauliche Informationen vertraulich zu behandeln und geheim zu halten, besteht während der Dauer des Vergabeverfahrens und nach dessen Beendigung, gleich wem der Zuschlag erteilt wird.

Jeder Bewerber/ Bieter erklärt weiterhin, dass er für Schäden, die der Auftraggeberin aus einer unberechtigten Weitergabe von Daten, Fakten und Informationen entstehen, haftet und die Auftraggeberin von jeglichen diesbezüglichen Verpflichtungen freistellt. Jeder Bewerber/ Bieter hat die Einhaltung der Verpflichtungen aus der Vertraulichkeitserklärung selbständig sicherzustellen.

10. Kriterien zur Auswahl der Bewerber

Im Rahmen der Eignungsanforderungen definiert die Auftraggeberin folgende **Mindestanforderungen**:

(1) Vorlage von mindestens drei unterschiedlichen, einschlägigen, die Mindestanforderungen erfüllenden Referenzen (vgl. Bewertungsmatrix, s. nächste Seite.)

(2) Nettogesamtumsatz des Bewerbers in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jeweils mindestens 15,0 Mio. Euro.

Bewerber, die diese Mindestanforderungen nicht erfüllen, können nicht am Verfahren teilnehmen und werden ausgeschlossen.

Innerhalb der Gruppe der nicht ausgeschlossenen Bewerber gilt Folgendes:

Die Anzahl der Bewerber, die von der Auftraggeberin zur Abgabe eines Erstangebots aufgefordert werden, ist auf **drei bis sechs** Teilnehmer begrenzt. Deren Auswahl erfolgt auf Grundlage der zum Nachweis der Eignung geforderten Angaben, Erklärungen und Unterlagen gemäß folgender **Bewertungsmatrix**:

Maximal möglich sind 1.000 Punkte. Die **drei bis sechs** Bewerber mit der höchsten Punktzahl werden zur Abgabe eines Erstangebotes aufgefordert. Die Auftraggeberin behält sich ausdrücklich vor, bei wertungsgleichen Teilnahmeanträgen das Los entscheiden zu lassen.



Bewertungskriterium	Max. Punkte	Gewichtung
Referenzen	10 Durchschnittswert	40 %
Hinweis zur Wertung der Referenzen: Legt ein Bewerber mehr als 3 Referenzen vor, werden nur die 3 Referenzprojekte mit der jeweils höchsten Punktzahl gewertet. Die nachstehende Bewertung gilt je Referenz. Je Referenz sind max.10 Punkte erreichbar. Es wird der Durchschnittswert der drei gewerteten Referenzen gebildet. Diese Punktzahl wird mit 40 multipliziert.		
Referenzen Mindestanforderung je Referenz Bauleistungen für den schlüsselfertigen Neubau eines Wohngebäudes mit Planungsleistungen im Zeitraum 01.01.2020 – 30.04.2025 1.1 Anzahl der Wohneinheiten im schlüsselfertigen Wohnungsneubau mindestens 30 Wohneinheiten 1.2 Referenzen beinhalten Planungsleistung für LP 5 für Objektplanung und LP 5 für Technische Ausrüstung Bewertungsmaßstab für: 1.1 bis 30 WE = 0 Pkt. da Mindestanforderung 31 - 70 WE = 1 Pkt. 71 - 110 WE = 2 Pkt. 111 - 150 WE = 3 Pkt. 151 – 190 WE = 4 Pkt. 191 - 230 WE = 5 Pkt. ab 231 WE = 6 Pkt. (Maximalpunktzahl) 1.2 LP 5 für Objektplanung und LP 5 für Technische Ausrüstung = 0 Pkt. da Mindestforderung; für zusätzlich erbrachte Leistungsphasen ab LP 6 Objektplanung oder ab LP 6 Technische Ausrüstung je Leistungsphase = 0,5 Pkt. , d.h. bei LP 6 – 9 für beide Leistungsbilder sind insgesamt 4 Pkt. (Maximalpunktzahl) möglich		
Qualifikation und Erfahrung des Projektleiters Bau (inklusive Angaben zu persönlichen Referenzen der letzten 5 Jahre) Bewertungsmaßstab Projektleiter Bau: <ul style="list-style-type: none">- abgeschlossenes Studium in bauspezifischem Fachbereich = 3 Pkt.- Berufserfahrung ab 5 Jahre = 3 Pkt.- Referenz für Neubau/Sanierung eines Gebäudes mit Bauwerkskosten (KG 300 - 500) von mind. 8 Mio. € in den letzten 5 Jahren = 4 Pkt. Die erreichte Punktzahl wird mit 20 multipliziert.	10	20 %

Bewertungskriterium	Max. Punkte	Gewichtung
Erklärungen über den Gesamtumsatz der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre Mindestforderung 15 Mio. € netto/ Jahr Bewertungsmaßstab: 15 Mio. € = 0 Pkt. da Mindestforderung; für je weitere 5 Mio. € Umsatz = 1 Pkt. d.h. ab 65 Mio. € Umsatz = 10 Pkt. (Maximalpunktzahl) Die erreichte Punktzahl wird mit 20 multipliziert.	10	20%
Erklärungen über den spezifischen Umsatz (schlüsselfertiger Hochbau, Wohnungsneubau mit Auftragsgegenstand vergleichbar) der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre. Bewertungsmaßstab: < 1 Mio.€ = 0 Pkt. für je weitere 1 Mio. € spezifischer Umsatz = 1 Pkt. d.h. ab 10 Mio. € spezifischer Umsatz = 10 Pkt. (Maximalpunktzahl) Die erreichte Punktzahl wird mit 20 multipliziert.	10	20 %
Gesamt	10	100%

11. Information nicht berücksichtigter Bewerber

Die Auftraggeberin wird die nicht berücksichtigen Bewerber entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen informieren.

12. Keine Entschädigung, keine Haftung

Die Bewerber erhalten für ihre Aufwendungen im Verfahren keine Entschädigung. Schadenersatzansprüche sind ausgeschlossen.

13. Urheberrechtsschutz an den Verfahrensunterlagen

Sämtliche Vergabeunterlagen sind urheberrechtlich geschützt. Eine Verwendung dieser Unterlagen oder Teilen hiervon außerhalb dieses Vergabeverfahrens ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH, Wintergartenstraße 4 in 04103 Leipzig zulässig.

2 Auftragsgegenstand

Die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (LWB) beabsichtigt, auf dem Flurstück 305/3 in Leipzig Reudnitz-Thonberg ein Wohngebäude zu errichten.

Das zu bebauende Grundstück liegt im Geltungsbereich des gültigen Bebauungsplanes Nr.1 „Lenin-Straße“ der Stadt Leipzig vom 25.09.1991, somit unterliegt die Bebauung § 35 BauGB. Es wird von der Riebeckstraße, der Judith-Auer-Straße und einer bereits angelegten Privatstraße begrenzt.

Der Wohnungsneubau komplettiert ein Gesamtensemble, welches den Bereich mit den bereits fertig gestellten 5- bis 9-geschossigen Nachbarbebauungen ergänzt. Der geplante Wohnungsneubau schließt das Areal nach Norden Richtung Judith-Auer-Straße mit einer ringförmigen Bebauung ab.

Insgesamt entstehen 97 Wohneinheiten. Die Bebauung verfügt über 5 Geschosse, während der Innenhof freigehalten wird. Ein städtebaulicher Akzent wird durch zwei zusätzliche Vollgeschosse als Winkel im Nordosten und die Überhöhung der Gebäudeecke Judith-Auer-Straße/ Riebeckstraße mit 8 Geschossen erzeugt. Das Gebäude ist komplett unterkellert, wobei der Keller halbversenkt und somit das Erdgeschoss als Hochparterre ausgebildet ist.

Ein Teil der entstehenden Wohneinheiten (ca. 68%) sollen hinsichtlich ihrer Größe und Zuschnitte den Anforderungen der Richtlinie des Sächsischen Staatsministerium des Inneren zur Förderung der Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundenen Mietwohnraum entsprechen.

Das Bauvorhaben wird durch die Auftraggeberin basierend auf den zur Ausschreibung ausgereichten Planungsgrundlagen zur weiteren Planung und Realisierung durch einen Generalunternehmer (AN) ausgeschrieben.

Die näheren Einzelheiten zum Auftragsgegenstand/ Projekt sind im elektronischen **Ordner D** der Vergabeunterlagen erläutert.

3 Fördermittel

Die Auftraggeberin nimmt für das Bauvorhaben eine Förderung nach der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung zur Förderung der Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundenem Mietwohnraum vom 20. Dezember 2023 (FRL gebundener Mietwohnraum – FRL gMW) in Anspruch. Weiterhin soll das Förderprogramm zu naturbasierten Lösungen zur Anpassung an den Klimawandel der Stadt Leipzig vom 16.04.2025 angewendet werden. Die einzelnen fördermittelrechtlichen Bestimmungen sind in Anlage 2 aufgeführt. Die diesbezüglichen Mitwirkungspflichten des Zuschlagsbieters sind im Bauvertrag (Anlage 2 zum 2. Verfahrensbrief) entsprechend abgebildet.

Dem Bewerber/ Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Nachunternehmer ist bekannt, dass eine Nichteinhaltung der fördermittelrechtlichen Bestimmungen zu einer Rückforderung der bewilligten und ausgezahlten Fördermittel durch den Zuwendungsgeber führen und einen Regressanspruch der Auftraggeberin gegenüber dem Bewerber/ Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Nachunternehmer begründen kann.

4 Datenverarbeitung nach Art 13 DSGVO

1. Datenverarbeitende Stelle und Datenschutzbeauftragter

1.1 Die datenverarbeitende Stelle ist die

Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH
Wintergartenstraße 4
04103 Leipzig

1.2 Der Datenschutzbeauftragte der datenverarbeitenden Stelle ist erreichbar unter:

Datenschutzbeauftragter
Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH
Wintergartenstraße 4
04103 Leipzig
datenschutz@lwb.de

2. Art der erhobenen Daten

Im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens werden bei den Bewerbern/ Bietern, Bewerber-/ Bietergemeinschaften und Nachunternehmern bzw. den für diese im Verfahren tätigen natürlichen Personen personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet. Dies betrifft die Namen, Adressangaben, ggf. Geburtsdaten und Daten zu sonstigen Kommunikationswegen sowie Angaben zur beruflichen Qualifikation und Tätigkeit. Personenbezogene Daten können auch in Dokumenten enthalten sein, die die Auftraggeberin von den Bewerbern/ Bietern zur Verfügung gestellt/ übersandt werden.

3. Zweck der Datenverarbeitung

Die datenverarbeitende Stelle ist die Auftraggeberin. Es besteht keine Rechtspflicht zur Angabe von personenbezogenen Daten. Die im Verfahren geforderten personenbezogenen Daten sind jedoch erforderlich, um das Vergabeverfahren ordnungsgemäß durchführen und dokumentieren sowie ggf. dem Bestbieter den Zuschlag erteilen zu können (Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen). Die Erhebung der Daten ist insbesondere erforderlich, um die Eignung der Bewerber (auch noch nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs) und die Angebote prüfen sowie das Vergabeverfahren insgesamt durchführen, Bewerber- oder Bieterfragen beantworten und die Vertragsabwicklung durchführen zu können.

Ohne die Angabe der erforderlichen personenbezogenen Daten können sich für die Bewerber/Bieter im Rahmen des Vergabeverfahrens Nachteile ergeben (z. B. bei der Wertung der mitarbeiterbezogenen Angaben) bis hin zum Ausschluss des Bewerbers/Bieters aus dem Verfahren (insbesondere bei unvollständigen Angeboten).

4. Rechtsgrundlage

Die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung bilden Art. 6 Abs. 1 lit. b) und c) DSGVO. Rechtliche Verpflichtungen für die Auftraggeberin ergeben sich insbesondere aus dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der VOB/A EU.

5. Rechte der Betroffenen

Die Betroffenen haben nach Maßgabe Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) folgende Rechte:

- Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten (Art. 15 DSGVO),
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO),
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO),
- das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO),
- das Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO),
- das Recht, die erteilte Einwilligung zu widerrufen (Art. 7 Abs. 3 DSGVO),
- das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO) und
- das Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO).

6. Empfänger

Innerhalb der Auftraggeberin erhalten nur diejenigen Stellen Zugriff auf personenbezogene Daten, die diese für die Zwecke der Durchführung dieses Vergabeverfahrens und der Vertragsabwicklung benötigen. Die personenbezogenen Daten können von der Auftraggeberin im Einzelfall auch an Dritte, insbesondere Berater der Auftraggeberin (z. B. rechtliche Berater, Gewerbezentralregister, Referenzgeber, IT-Dienstleister, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer etc.) für die Zwecke des Vergabeverfahrens übermittelt und von diesen hierfür verarbeitet werden. Eine solche Übermittlung erfolgt auf Grundlage der Einwilligung der Bewerber/Bieter, gesetzlicher Bestimmungen, vertraglicher Vereinbarung oder zur Wahrung berechtigter Interessen.

7. Dauer der Datenspeicherung

Die Daten werden während der Verfahrensdurchführung verarbeitet und gespeichert sowie innerhalb der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten auch danach gespeichert. Vergabeunterlagen werden insbesondere nach handels- und steuerrechtlichen Aufbewahrungsfristen (Handelsgesetzbuch, Abgabenordnung, Geldwäschegesetz), d. h. regelmäßig 6 bzw. 10 Jahre, sowie bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages aufbewahrt, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag der Zuschlagserteilung (vgl. § 20 VOB/A EU i.V.m. § 8 Abs. 4 VgV). Zudem sind verjährungs- sowie förderrechtliche Bestimmungen zu Aufbewahrung zu beachten.

8. Drittlandübermittlung / Automatische Entscheidungsfindung oder Profiling

Die Daten werden ausschließlich in Rechenzentren in der Bundesrepublik Deutschland verarbeitet. Eine Datenübermittlung in Drittstaaten findet nicht statt und ist auch nicht geplant.

Eine automatische Entscheidungsfindung oder Profiling (Profilbildung) findet nicht statt.

9. Datenschutzaufsichtsbehörde

Die für die Auftraggeberin zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

Sächsische Datenschutzbeauftragte

Frau Dr. Juliane Hundert

Devrientstraße 5

01067 Dresden

Telefon: 0351/85471 101

Telefax: 0351/85471 109

E-Mail: saechsdsb@slt.sachsen.de

10. Der jeweilige Bewerber/ Bieter hat dafür Sorge zu tragen, dass die in seiner Sphäre Betroffenen entsprechend aufgeklärt werden und ggf. erforderliche Einwilligungen eingeholt werden.

5 Anlagen zum Verfahrensbrief

Anlage 1 – Teilnahmeantrag

Anlage 2 – Fördermittelbestimmungen

6 Einlegung von Rechtsbehelfen

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit der Antrag erst nach Zuschlagserteilung gestellt wird (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 GWB). Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnis bzw. – soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind – bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.